

44 Budget 2000

Die Regierung der SVRM hat den Haushaltsplan für das Jahr 2000 ausgearbeitet, der Mitte April von der Legislativversammlung geprüft werden wird. Das Budget beläuft sich auf insgesamt 12,9 Mrd. MPtc (etwa 1,61 Mrd. US\$). Unter der portugiesischen Regierung waren es in den Jahren 1998 und 1999 etwa 16 Mrd. MPtc (2 Mrd. US\$) gewesen. Infolge neustrukturierter Haushaltsberechnungen sind direkte Vergleiche irreführend, doch ist das Budget für dieses Jahr praktisch 10% niedriger als im letzten Jahr unter portugiesischer Herrschaft. (SCMP, 29.3.00) Der Haushaltsplan sieht Einsparungen bei den Regierungsstellen vor, dagegen sollen die Ausgaben in den Bereichen Bildung, Gesundheitswesen und Lebensunterhalt der Bevölkerung im Großen und Ganzen gleich bleiben. Mehr Geld soll zur Bekämpfung der Korruption aufgewendet werden. Bildung, Gesundheit und Wohlfahrt machen 35% der gesamten für das Jahr 2000 geplanten Regierungsausgaben aus, 22% werden für die Bezahlung der Löhne und Gehälter der 17.000 Staatsbediensteten verwendet, und etwa 11% fließen in den wichtigen Bereich der öffentlichen Sicherheit. Die Kasinokonzession und andere Wettsteuern werden voraussichtlich 5,2 Mrd. MPtc erwirtschaften, ein Zuwachs um 20% im Vergleich zum letzten Jahr. Die Glücksspielindustrie wird voraussichtlich 40% der Gesamteinnahmen der Regierung beisteuern, etwas weniger als 1999. Der Haushaltsplan beinhaltet weder die 2,4 Mrd. MPtc Spareinlagen, die die portugiesische Regierung hinterlassen hat, noch die 10 Mrd. MPtc des Landfonds. Edmund Ho entschied sich, diese Überschüsse nicht in den Haushaltsplan mit einzubeziehen, sondern sie als De-facto-Reserven zu behandeln. (RMRB, XNA, 23.3.00; SCMP, 29.3.00) -ljk-

Taiwan

45 **Präsidentenwahl verändert Taiwans politische Landschaft**

Mit dem Wahlsieg des Oppositionskandidaten Chen Shuibian in den Präsidentschaftswahlen am 18. März brach für Taiwans Politik ein neues Zeitalter an. Es war der erste demokratische Machtwechsel an der Spitze des Landes. Gleichzeitig bedeutete das Ergebnis eine doppelte Schlappe für die bislang dominierende Nationale Volkspartei Kuomintang (Guomintang, KMT), deren Kandidat hinter einem Dissidenten aus den eigenen Reihen abgeschlagen auf dem dritten Platz landete. Die Wahl wurde von Beobachtern einhellig als Reifezeugnis der taiwanischen Demokratie gewertet.

Der bald darauf erzwungene Rücktritt Li Teng-huis vom KMT-Vorsitz markierte zudem den Anfang vom Ende einer durch seine Person geprägten Ära, deren Hauptmerkmal der Übergang von der Einparteiendiktatur zur Demokratie war. (S. hierzu und zu den weiteren - auch chinapolitischen - Implikationen der Wahl den Beitrag „Zeitenwende in Taiwan“ in diesem Heft.) -hws-

46 **James Soongs „People First Party“ wird Parteienlandschaft verändern**

Nachdem James Soong als unabhängiger Präsidentschaftskandidat bei den Wahlen am 18. März auf den zweiten Platz nur knapp hinter dem Wahlsieger Chen landete, aber den Kandidaten der Regierungspartei KMT weit hinter sich lassen konnte, wurde die Gründung einer neuen Partei beinahe unausweichlich, zumal mit Soong bereits eine große Zahl anderer KMT-Mitglieder aus der Partei ausgeschlossen und damit gewissermaßen politisch heimatlos wurden. Soong geriet nach seinem guten Abschneiden unter umso stärkeren Handlungsdruck, als schon am 6. Mai die Nationalversammlungswahlen anstehen für den

Fall, dass die vorgesehene Selbstaflösung dieses Verfassungsorgans nicht zu Stande kommen sollte (s. folgende Übersicht).

Bereits wenige Tage nach der Präsidentschaftswahl trat ein Komitee zusammen, das die neue Parteigründung vorbereiten soll. Als Interimsvorsitzender bis zum Gründungskongress wurde Soong bestimmt. Wie Soongs Kandidat für die Vizepräsidentschaft mitteilte, wolle die neue Partei ihren Mitgliedern nicht die Mitgliedschaft in anderen Parteien verwehren und „niemals irgendwelche Mitglieder ausschließen“ - ein wenig realistischer und kaum dauerhaft praktikabler Vorschlag. (CNAT, nach SWB, 24.3.00) Als Name der neuen Partei wurde „Qinmindang“ (auf Englisch: „People First Party“) (PFP) bestimmt. Für die Ausarbeitung der Parteisatzung wird eine Zeit von sechs bis acht Monaten veranschlagt; der Gründungskongress könnte dann also irgendwann im Herbst erfolgen. (Auseinander.chinatimes.com, Englisch, 31.3.00; Kyodo News Service, Tokyo, in Englisch, nach SWB, 30.3.00)

Mehr noch als die erstarkte Demokratische Fortschrittspartei des siegreichen Präsidentschaftskandidaten Chen wird die neue PFP die traditionelle Domäne der bislang dominierenden und nun vom Zerfall bedrohten KMT streitig machen: eine mittlere bis konservative Wählerschaft, die die Verquickung der KMT mit dem Großkapital ablehnt. Während die Parlamente bislang durch Konfrontation zwischen Regierungspartei und Opposition geprägt waren, wird es in Zukunft stärker auf Kompromissfähigkeit ankommen. Dies könnte schon vor den nächsten Wahlen eine Rolle spielen, da womöglich eine Reihe weiterer Parlamentarier sich der neuen Partei anschließen wird. Ehe jedoch die PFP vom Volk gewählte Parlamentarier entsenden kann, wird es voraussichtlich Ende 2001 werden. -hws-

47 **Abschaffung der Nationalversammlung in bisheriger Form beschlossen**

Ein Gerichtsurteil führte im März zu einem Verfassungskonflikt um die Nationalversammlung und schließlich zu

einer raschen Einigung der zwei größten Parteien KMT und DPP, dieses Verfassungsorgan in der bisherigen Form abzuschaffen. Die Nationalversammlung ist ein vom Volk direkt gewähltes zweites Parlament, dessen Hauptaufgabe in der Verabschiedung von Verfassungsänderungen besteht. Darüber hinaus ist es für die Wahl des Vizepräsidenten zuständig, falls dessen Amt vakant werden sollte, für das Verfahren zur Amtsenthebung des Präsidenten und für die Bestätigung der vom Präsidenten ernannten Amtsträger im Justiz-Yuan (Gerichtbarkeit) sowie im Prüfungs- und Kontroll-Yuan (4. und 5. Gewalt nach der Verfassung). Die gesamte normale Gesetzgebung liegt beim Legislativ-Yuan als dem eigentlichen Parlament. Die Wahlperioden beider Parlamente sind nicht identisch: Die derzeitige Nationalversammlung wurde am 20. Mai 1996 auf vier Jahre gewählt, der jetzige Legislativ-Yuan im Dezember 1998 auf drei Jahre.

Die Existenz der Nationalversammlung wird in Taiwan seit längerem von vielen als überflüssig angesehen, da deren Aufgaben, wie in anderen Staaten auch, vom Legislativ-Yuan versehen werden könnten. Die kostspielige Durchführung von Wahlen zu zwei Parlamenten mit unterschiedlichen Amtszeiten gilt als Mittelverschwendung.

Nachdem unter den Parteien im Prinzip bereits Einigkeit herrschte, die Nationalversammlung bzw. die Modalitäten ihres Zustandekommens auf längere Sicht zu reformieren, war es im September 1999 zu einer sehr umstrittenen Entscheidung gekommen: Die Nationalversammlung hatte ihre eigene Amtszeit, die bis zum 19. Mai 2000 ging, um über zwei Jahre bis Ende Juni 2002 verlängert. Gleichzeitig hatte sie die Wahlperiode des amtierenden Legislativ-Yuan einmalig um ein halbes Jahr ebenfalls bis Juni 2002 verlängert. Von da an sollte die Nationalversammlung nicht mehr direkt vom Volk gewählt, sondern deren Vertreter sollten von den Parteien gemäß deren Stärke im Legislativ-Yuan bestimmt werden. (Auseinander.taipeitimes.com vom 25.3.00)

Der Beschluss, die eigene Amtszeit zu verlängern, wurde vom Obersten Gerichtshof am 24.3. nunmehr mit

14:2 Stimmen für unzulässig erklärt. Die entsprechende Verfassungsänderung enthalte grobe Rechtsverletzungen. Insbesondere widerspreche die Verlängerung der eigenen Amtszeit dem Geist der Verfassung, nach der auch in Taiwan die Staatsgewalt vom Volke ausgeht. Eine nicht regelmäßig durch Wahlen legitimierte Volksvertretung sei keine legitime Volksvertretung mehr. (Auseinander.taipeitimes.com vom 25.3.00)

Ursprünglich hätten die nächsten Wahlen zur Nationalversammlung zeitgleich mit der Präsidentenwahl im März erfolgen sollen. Da laut Gerichtsbeschluss die Amtszeit der jetzigen jedoch am 20. Mai endet, müsste deren versäumte Wahl nun sehr kurzfristig nachgeholt werden.

Der Gerichtsbeschluss löste daher hektische Beratungen mit dem Ziel aus, eine andere Lösung zu finden, um einerseits eine so rasch kaum durchzuführende Neuwahl zu vermeiden, andererseits aber auch kein verfassungsmäßiges Vakuum entstehen zu lassen. Überraschend schnell kamen nun Vertreter der beiden größten Parteien KMT und DPP überein, die Nationalversammlung schon jetzt abzuschaffen. (CNAT und *Zhongguo Shibaobao*, Taipei, nach SWB, 30.3.00)

In Zukunft soll es demnach keine Nationalversammlung als ständiges Gremium mehr geben. Sie wird nur noch auf Beschluss des Legislativ-Yuans einberufen und den Charakter einer Delegiertenversammlung des (dann einzigen) Parlaments besitzen; ihre Amtszeit wäre jeweils auf einen Monat beschränkt. Die meisten Nationalversammlungskompetenzen sollen vollständig auf den Legislativ-Yuan übergehen.

Die von den Parteien beschlossenen Änderungen können nur von der Nationalversammlung selbst umgesetzt werden; zu dem Zweck wurde für den 11. April eine Sondersitzung einberufen. Das Verfassungsänderungsverfahren muss dann bis zum 6. Mai abgeschlossen sein: Dies ist der vom Zentralen Wahlausschuss festgesetzte Wahltermin für die - nunmehr wohl nur hoch hypothetische - nächste Nationalversammlung.

Obwohl die Mitglieder der Nationalversammlung in der Vergangenheit oft

nicht der Linie ihrer Partei gefolgt sind - insbesondere galt die selbstherrliche Amtszeitverlängerung als schädlich für den KMT-Kandidaten bei der Präsidentschaftswahl -, ist nun wohl doch damit zu rechnen, dass dieses überflüssige und der politischen Stabilität des Landes eher abträgliche Verfassungsorgan nun tatsächlich beseitigt wird. Der Grund für den Optimismus ist derselbe, der die verfeindeten Parteien KMT und DPP so rasch eine Lösung für die Verfassungskrise finden ließ: Bei einer Neuwahl der Versammlung erhielten sie starke Konkurrenz durch die in Gründung befindliche neue Partei („People First Party“ - PFP) des KMT-Abtrünnigen James Soong. Vor allem die KMT hätte dabei die Halbierung ihres Stimmenanteils oder Schlimmeres zu befürchten. -hws-

48 Legislative gestattet „kleinen Grenzverkehr“ mit der VR China

In einer überraschenden Kehrtwendung von seiner bisherigen Politik verabschiedete der Legislativ-Yuan am 21.3. ein Gesetz, das Direktverbindungen zwischen den der Küste von Fujian vorgelagerten, zu Taiwan gehörenden Inseln Kinmen (Jinmen) und Matsu (Mazu) sowie dem Pescadore-Archipel (Penghu Qundao) in der Taiwan-Straße einerseits und der VR China andererseits ermöglichen soll. Die Entscheidung kam auch deswegen unerwartet, weil die Regierung sich nach wie vor gegen Direktverbindungen auch im Rahmen eines so genannten „kleinen Grenzverkehrs“ - das heißt: ohne Einschluss der Hauptinsel Formosa - ausspricht und weil die Regierungspartei KMT auch die Mehrheit der Abgeordneten stellt.

Die Exekutive reagierte denn auch ablehnend: Der Rat für Festlandsfragen (MAC) machte deutlich, dass die Ausarbeitung der Details Regierungsaufgabe sei und in jedem Fall ohne ein beiderseitiges Abkommen, das die näheren Umstände der Verkehrsbeziehungen regelt, an deren praktische Einrichtung nicht zu denken sei. Tatsächlich ist mit einer Aufnahme direkter Schiffs- oder gar Flugverbindungen sowie einer direkten Telekommunikation in nächster Zeit keineswegs

zu rechnen. Dagegen spricht nicht nur, dass bislang keine bilateralen Gespräche darüber geführt wurden. Vor allem wird die Regierung die Einrichtung von Direktverbindungen, auch versuchsweise im Rahmen eines „kleinen Grenzverkehrs“, als Pfand für Verhandlungen mit dem Festland behalten wollen; hinzu kommen gravierende militärische Sicherheitsbedenken, die noch keineswegs ausgeräumt sind. Das Verteidigungsministerium äußerte sich entsprechend.

Im Hintergrund für die überraschende Entscheidung stehen offenbar die für die KMT verlorene Präsidentschaftswahl und zunehmende Spaltungstendenzen in der Partei. Die Verabschiedung des Gesetzes steht in direktem Widerspruch zur erklärten Politik „keine Hast, seid geduldig!“ des amtierenden Präsidenten Li Teng-hui. Der Beschluss ist daher ein doppeltes Signal: Innenpolitisch - vor allem gegenüber der KMT - macht er klar, dass Parteimitglieder neue Bewegung in die festgefahrene Chinapolitik der scheidenden Regierung bringen wollen; nach außen hin unterstreicht er die Bereitschaft auch der KMT zu chinapolitischer Kompromissbereitschaft. (CNAT, nach SWB, 24.3.00 und 25.3.00) -hws-

49 Erneuter Abbruch der Flugverbindungen mit den Philippinen

Die nach wie vor offenen Fragen im Flugverkehr zwischen Taiwan und den Philippinen führten Mitte März erneut zu einer völligen Einstellung der Flüge zwischen beiden Staaten. Bereits zuvor, vom 1.10.1999 bis 31.10.2000 war der Flugverkehr zwischen beiden Ländern suspendiert gewesen, nachdem ein älteres Abkommen ausgelaufen war und Manila der taiwanischen Seite vorgeworfen hatte, zu Lasten der Philippine Airlines mehr Passagiere zu befördern als ein vereinbartes Kontingent vorsah. (Vgl. C.a., 1999/10, Ü 42; C.a., 2000/01, Ü 44)

An sich hatten sich beide Seiten zwischenzeitlich auf eine Interimslösung geeinigt: Während ein neues Luftverkehrsabkommen ausgehandelt werden sollte, durften die Fluggesellschaften beider Seiten je 4.800 Passagiere wöchentlich zwischen Taipei und Mani-

la hin- und herfliegen. Ende Februar jedoch erhöhten sich die Spannungen wieder. Während die taiwanische Seite den Standpunkt vertrat, Fluggäste auf der Strecke Manila-Kaohsiung seien extra zu zählen, waren die Philippinen gegenteiliger Ansicht. Taipei erklärte daraufhin, man sei nicht bereit, in reguläre Verhandlungen über ein neues Abkommen einzutreten. (CNAT, nach SWB, 2.3.00)

Manila untersagte nun am 15.3. weitere Flüge zwischen beiden Seiten. In Taipei herrscht allerdings die Auffassung, man sitze am längeren Hebel: Der wirtschaftliche Schaden für die Gegenseite ist größer, vor allem im für die Philippinen wichtigen Fremdenverkehr. Beide taiwanischen Fluggesellschaften, die sich in das Kontingent teilen, gaben an, der Philippinenverkehr mache nur 3% ihrer Geschäfte aus. Offenbar wartet Taipei nun, bis aus Manila eine größere Konzessionsbereitschaft signalisiert wird. (FT, 16.3.00) -hws-